



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Susann Biedefeld, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/3358

Richter auf Probe am Amtsgericht Lichtenfels mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen unverzüglich über die Umstände der Einstellung eines am Amtsgericht Lichtenfels tätigen Richters auf Probe, der vom brandenburgischen Innenministerium als Rechtsextremist eingeschätzt wird, zu berichten und hierbei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wann hat das Landesamt für Verfassungsschutz von wem Kenntnis über den Umzug des Betroffenen nach Bayern erhalten und sein Vorleben in der rechtsextremistischen Szene Brandenburgs erhalten?
2. Wird der Betroffene seit seiner Wohnsitznahme in Bayern vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und falls ja, welche Erkenntnisse sind hierbei gewonnen worden?

3. Hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen darüber, dass sich der Betroffene für den Justizdienst in Bayern beworben hat bzw. im bayerischen Justizdienst tätig ist und falls ja, seit wann?
4. Hat das Landesamt für Verfassungsschutz das Staatsministerium der Justiz über seine eventuellen Erkenntnisse über den Betroffenen informiert und falls ja, wann und falls nein, weshalb nicht?
5. War der Betroffene bereits als Rechtsreferendar im bayerischen Justizdienst tätig, wann ist er als Richter auf Probe eingestellt worden, wann ist er von wem vereidigt worden und welche Tätigkeiten hat er bisher am AG Lichtenfels ausgeübt?
6. Wann haben das Staatsministerium der Justiz, das OLG Bamberg und/oder das AG Lichtenfels von welcher Stelle welche Informationen über den Verdacht eines rechtsextremistischen Hintergrundes des Betroffenen erhalten?
7. Befanden sich in der Personalakte des Betroffenen Hinweise über rechtsextremistische Aktivitäten während der Referendarzeit und über Vorstrafen und welche Angaben hat er in dem Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue und in dem Einstellungsgespräch gemacht?
8. Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium der Justiz ergriffen, um die Vorwürfe gegen den Betroffenen aufzuklären?
9. Was unternimmt das Staatsministerium der Justiz, falls sich die Vorwürfe gegen den Betroffenen bestätigen sollten, um seine Tätigkeit in der bayerischen Justiz so schnell als möglich zu beenden?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident